

Altenpolitik

Stadt für alle Generationen – Altenpolitik als Mehrgenerationenpolitik

Einleitung:	1
Keine Angst vor dem demografischen Wandel	2
Kleine soziale Netze fördern – die SPOTS als Mehrgenerationenbegegnungsraum ausbauen	3
Neue Wohnformen unterstützen	3
Altenheime zu Altenwohnhäusern umbauen	4
Die Pflegesituation würdig gestalten	4
Information und Aufklärung leisten	4
Wettbewerb gute Heime und Pflege in Bonn	5
Interkulturelle Altenhilfe ausbauen	5
Die Stiftung Bonner Altenhilfe modernisieren	5
Seniorenbeiräte? Seniorenrat?	5

Schlüsselziele:

- Förderung innovativer Projekte und neuer Wohn- und Pflegeformen
- Weiterentwicklung der bestehenden Altenhilfeeinrichtungen für mehr Selbstbestimmung und Selbständigkeit im Alter
- Berufung eines Ombudsmannes/einer Ombudsfrau für die „Generation 60plus“

Einleitung:

22 Prozent der in Bonn lebenden Bevölkerung sind älter als 60 Jahre. 6.800 BonnerInnen sind pflegebedürftig, 2.740 von ihnen leben in Heimen; gegenwärtig gibt es genügend Heimplätze in Bonn.

Die Anzahl der zu Hause und in Heimen lebenden pflegebedürftigen Menschen dürfte ab dem Jahr 2017 allerdings drastisch ansteigen und sich bereits in absehbarer Zeit verdoppelt haben. Deshalb muss die Frage gestellt werden, wie unter diesen Rahmenbedingungen die Pflege organisiert werden kann. Dabei sind 53 Prozent aller Bonner Haushalte "Single-Haushalte", sie werden auf ambulante

Hilfestellungen im Fall der Pflege angewiesen sein. In nur einem guten Fünftel der Bonner Haushalte leben Kinder unter 18 Jahren.

Altenpolitik als Mehrgenerationenpolitik ist ein gesellschaftspolitisches Thema mit wirtschaftlichen Auswirkungen. Heute steht fest: Die Gesellschaft altert, die „Generation 60plus“ – die über 60jährigen – wird künftig in weit stärkerem Maße die Gesellschaft prägen, als es vorher der Fall war und die Anforderungen einer flexibilisierten Arbeitswelt bringen es mit sich, dass der Aufbau stabiler sozialer Beziehungen immer schwieriger wird.

Bonn ist in der beneidenswerten Lage, noch Einwohnerzuwachs zu erzielen. Viele andere Städte, insbesondere im Ruhrgebiet, schrumpfen bereits. Trotzdem geht der demografische Wandel an Bonn nicht vorbei, denn die Folgen der Alterung und des Geburtenrückgangs der Stadtgesellschaft werden auch in Bonn zu beobachten und zu gestalten sein. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Einrichtung einer Stabsstelle Demografischer Wandel bei der Bundesstadt Bonn. Bonn fängt bei der Bewältigung des demografischen Wandels nicht von vorne an, die Stadt kann aber sehr viel besser werden. Wir werden als GRÜNE Druck machen, dass wir hier schneller vorankommen.

Keine Angst vor dem demografischen Wandel

Vor dem demografischen Wandel muss man keine Angst haben. Wir brauchen allerdings ein realistisches Bild vom Altern. Bislang bestimmen Vorurteile und Klischees unser Bild vom Alter und dem Altern: Entweder werden RentnerInnen als Kostenfaktor wahrgenommen – pflegebedürftig, abhängig, dement – oder das Alter wird als „große Freiheit am Ende des Lebens“ betrachtet. Nicht thematisiert werden hingegen die Potentiale alter Menschen, zum Beispiel für sich selbst und für andere zu sorgen, und der damit einhergehende Gewinn an Lebensqualität für alle.

Das gilt insbesondere auch in Bonn. Hier wird bislang zu wenig zur Kenntnis genommen, was wissenschaftliche Studien belegen: Bis zu einem Durchschnittsalter von 79 Jahren sind auch „RentnerInnen“ in einem hohen Maße für die Gesellschaft aktiv – sie betreuen ihre EnkelInnen, pflegen Angehörige, üben Ehrenämter aus. Fragen der Pflege stellen sich vor allen Dingen in den hochbetagten Altersgruppen (85 Jahre und älter) sowie in der altersunabhängigen Frage einer schweren, oftmals zum Tode führenden Erkrankung.

Grüne Altenpolitik geht stets von zwei Perspektiven aus: Der sozialpolitischen Perspektive, die Sicherheits- und Schutzfunktion der Kommunen bei besonderem Bedarf wie etwa Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, und einer potentialorientierten Perspektive, die auf die Förderung der Selbstbestimmung, den Erhalt der Selbstständigkeit sowie die Selbst- und Mitverantwortung älterer Menschen zielt.

Kleine soziale Netze fördern – die SPOTS als Mehrgenerationenbegegnungsraum ausbauen

Solidarität, Integration und Selbstbestimmung – dieses grüne Leitbild der Altenpolitik kann nur auf kommunaler Ebene konkret realisiert werden. Wir werden in Kommunen alt. Hier wird entschieden, ob die Stadt den Bedürfnissen aller Generationen entgegenkommt. Zur Schaffung der Infrastruktur für kleine soziale Netze wollen wir daher Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern.

Nachbarschaftszentren sollen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort bündeln. Dabei sollen zum Beispiel die ehemaligen reinen Seniorenzentren, die SPOTS (Stützpunkte offene Türen für Senioren), zu Begegnungsstätten zwischen den Generationen werden, wo Alt Jung betreut, Jung Alt eine Aufgabe gibt, wo die eine Nation von der anderen lernt. Sie sollten verstärkt mit den so genannten „Mehrgenerationenhäusern“, die in Bonn in den letzten drei Jahren neu entstanden sind, zusammenarbeiten. Solche Zentren gehören zur Internationalen Stadt Bonn und bieten Antworten auf den sozialen Wandel.

Neue Wohnformen unterstützen

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG muss innovative Wohn- und Nachbarschaftskonzepte entwickeln und unterstützen. Im Pennenfeld ist damit aufgrund grüner Initiative begonnen worden. Da insgesamt aber zu wenig in dieser Hinsicht geschieht, gibt es noch viel Entwicklungsbedarf.

Die Gründung von Wohn- und Hausgemeinschaften oder die Gestaltung des Eigenheimes für gemeinschaftliche Wohnformen, Umzugsmanagement und Wohnungstausch – um diese teilweise noch recht jungen Konzepte und Projekte in die Tat umzusetzen, bedarf es einer Beratung innerhalb der Stadtverwaltung. Wir wollen für diese Herausforderungen eine neue Stelle schaffen.

Auch die Stiftung Altenhilfe soll ein Förderprogramm für neue Wohnformen auflegen. Damit soll das Verbleiben in den eigenen vier Wänden – auch in Mietwohnungen –

erleichtert und Hilfe insbesondere bei der Finanzierung von Gemeinschaftsräumen und zur Konfliktschlichtung geleistet werden. Außerdem fordern wir die Einrichtung und Förderung von Hol- und Bringdiensten sowie hauswirtschaftlichen Dienstleistungen zur Unterstützung dieser neuen Wohnformen.

Altenheime zu Altenwohnhäusern umbauen

Ehrenamt und Selbsthilfe sind wichtig und unverzichtbar. Aber sie dürfen nicht staatliche Verantwortung für jene, die sich selbst nicht helfen können, ersetzen. Im Landespflegegesetz ist auf Initiative der GRÜNEN eine Abkehr von Großeinrichtungen vorgenommen und der Schwerpunkt auf kleine, überschaubare Wohnpflegeeinrichtungen gelegt worden. Für Bonn fordern wir, dass die drei städtischen Altenheime zu Altenwohnhäusern und Hausgemeinschaften mit einer bedarfsgerechten Pflege umgebaut werden.

Die Pflegesituation würdig gestalten

Wir wollen das neue Pflegeweiterentwicklungsgesetz durch eine trägerunabhängige Beratung in Bonn umsetzen und die Qualität der Beratungsarbeit der SPOTS fördern. Die Heimaufsicht nach dem Heimgesetz und die Heimaufsicht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sollen stärker zusammenarbeiten. Wir fordern mehr psychosoziale Betreuung in den Bonner Heimen. Es ist ein Skandal, wenn die Bonner Heimaufsicht von wund gelegenen Patienten berichtet und zum Ergebnis kommt, dass in keinem Bonner Heim die Betreuung der bettlägerigen Patienten befriedigend ist.

Information und Aufklärung leisten

Alte Menschen, ihre Angehörigen und FreundInnen müssen wissen, was an finanzieller Belastung auf sie zukommt, um rechtzeitig Vorsorge treffen zu können. Hier hat die Stadt eine Informations- und Aufklärungspflicht. Wir fordern, die vorhandenen Informationsangebote auszubauen und ein Handbuch zur Bonner Altenpflege zu erarbeiten, das in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird. Darüber hinaus soll eine Kampagne konzipiert werden, die Angebote zur Frage „Wie wollen wir leben, wenn wir alt sind?“ entwickelt.

Die vorhandenen Ansätze der Volkshochschule und der Bonner Altenhilfe sowie weiterer Weiterbildungseinrichtungen sind entsprechend zu bündeln.

Wettbewerb gute Heime und Pflege in Bonn

In Bonn gibt es 37 Pflegeeinrichtungen und eine große Anzahl privater Pflegedienste. Wir wollen, dass die Verbraucher auf den ersten Blick erkennen können, was die Qualität ausmacht. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass ein Konzept für die Auszeichnung der fünf besten Heime in Bonn entwickelt wird und gleichzeitig den anderen Heimen und Pflegeeinrichtungen Anreize bieten, den Besten nachzueifern.

Interkulturelle Altenhilfe ausbauen

Der Zahl der allein stehenden älteren MigrantInnen wird in Bonn steigen. Deshalb wird es notwendig sein, sich rechtzeitig mit den spezifischen Bedürfnissen dieser Gruppe, insbesondere auch der Frauen, auseinanderzusetzen und entsprechende Fortbildungsangebote anzubieten. Die Einrichtungen der Bonner Altenhilfe sind für interkulturelle Fragestellungen stärker zu öffnen

Die Stiftung Bonner Altenhilfe modernisieren

Bonn hat seit 40 Jahren eine eigene Altenhilfestiftung, die im Jahr etwa 160.000 Euro aus Stiftungsmitteln erwirtschaftet. Die Stiftung wurde in Zeiten der Altersarmut gegründet. Es sollten „Extras“ finanziert, Information und Beratung ausgebaut und die Weiterbildung gefördert werden. Auch erhalten die Seniorenbegegnungsstätten Zuschüsse. Das Leitbild der Stiftung ist immer noch „der zu betreuende“, defizitäre alte Mensch. Das halten wir für falsch. Wir wollen die Potentialperspektive verstärkt in die Arbeit der Stiftung einbringen und fordern eine Erweiterung der Stiftungszwecke und eine Satzungsänderung, um zum Beispiel die neuen Mehrgenerationenwohnprojekte besser fördern zu können. Wir wollen, dass für die Stiftung professionelle Fundraising-Strategien entworfen werden, so dass das Stiftungskapital anwachsen kann.

Seniorenbeiräte? Seniorenrat?

Die GRÜNEN lehnen einen speziellen Seniorenrat ab. Davon versprechen wir uns keine Fortschritte für die Bonner Altenpolitik. Allerdings sollte es eine Ombudsperson geben, die als erste AnsprechpartnerIn bzw. Beschwerdestelle für solche Fragen agiert, die sich vor allen Dingen im Alter stellen. Das kann der Aufzug sein, der nicht funktioniert, ein rücksichtsloser Busfahrer, der den Absenkungsmechanismus nicht betätigt, es können auch Hinweise auf Missstände in Heimen oder bei der häuslichen Pflege sein. Der Ombudsmann oder die Ombudsfrau soll aus den Reihen der Bürgerschaft gewählt werden.